



Antwort zur Anfrage Nr. 0149/2026 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend **Städtische Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Antrag aus dem Jahr 2023?**
- 2. Wann wird das Konzept vorgestellt?**
- 3. Wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?**

In den vergangenen Jahren kam die Idee einer zentralen städtischen Gedenkveranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar mehrfach auf, insbesondere im Kontext des „Haus des Erinnerns – Für Demokratie und Akzeptanz“, mit dem eine zentrale Gedenkstruktur in Mainz eingerichtet wurde, die innerhalb der Stadt und über die Stadtgrenzen hinaus federführend für das Gedenken und die Demokratiebildung zuständig ist.

Die Verwaltung begrüßt die Idee, in einer zentralen Gedenkveranstaltung am 27. Januar, der auch internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust ist, alle Opfergruppen einzubeziehen. Dies wurde in der laufenden Gedenkarbeit in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltung bereits dezentral und zu unterschiedlichen Gedenktagen umgesetzt, z. B. mit der Gedenkstele für die Opfergruppe LSBTIQ* am Ernst-Ludwig-Platz, dem Gedenkort für Wohnungslose und sogenannte „Asoziale“ vor St. Peter, der Gedenkstele für Sinti in der Altenauer- gasse und dem zukünftigen „Gedenkort Deportationsrampe“ in der Mombacher Straße.

Zuletzt wurde in der Verwaltung die Idee besprochen, dass eine eigene städtische Gedenkveranstaltung am 27. Januar zukünftig am derzeit entstehenden „Gedenkort Deportationsrampe“ stattfinden könnte, beispielsweise in Form einer Kranzniederlegung mit einem Moment des gemeinsamen Innehaltens und Gedenkens.

Vor dem Hintergrund, das mit einer Fertigstellung des Gedenkortes im zweiten Halbjahr 2026 gerechnet werden kann, wird die Verwaltung die Idee zu einer entsprechenden Gedenkveranstaltung in den kommenden Monaten, für eine Planung zum 27. Januar 2027, gemeinsam mit den Opfergruppen besprechen.

Die Verwaltung weist jedoch darauf hin, dass eine zeitliche und formale Kollision der neuen städtischen Gedenkveranstaltung mit bestehenden Strukturen der Opfergruppen und auch der offiziellen Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz vermieden werden sollte.

Mainz, 03. Februar 2026

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister